

Fraktion **direkt**

73 | 22. Februar 2013

Zur Lage

Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv Aufschwung darf nicht aufs Spiel gesetzt werden



Foto: Götz Schlieser

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Arbeit ist der Schlüssel zu einem gesicherten Leben. Wer keine Arbeit hat, dem gehen Perspektiven verloren. Auch die Gemeinschaft verliert mit jedem Arbeitslosen.

Von Anfang an war es daher Ziel der christlich-liberalen Koalition, den Arbeitsmarkt weiter zu stabilisieren und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Rot-Grün hat einst rund fünf Millionen Arbeitslose hinterlassen. Heute ist Deutschland nicht nur die wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft Europas, es ist auch das einzige Land in der Europäischen Union, das heute deutlich weniger Arbeitslose hat als vor dem Krisenjahr 2009.

Erfolg setzt Anstrengung voraus

Im Jahresschnitt 2012 waren weniger als drei Millionen Menschen arbeitslos. Das ist immer noch zu viel. Aber es ist im Ergebnis viel besser als das, was einst Rot und Grün bewerkstelligt haben. Erfreulich ist, dass auch in diesem Jahr neue Arbeitsplätze entstehen werden. Der Industrie- und

Handelskammertag rechnete jüngst mit der Schaffung von 150.000 neuen Stellen. Allein in den Bereichen Gesundheit, Gastgewerbe und Tourismus sollen der Prognose zufolge 65.000 neue Jobs entstehen. IT-Unternehmen, Versicherungen und Beratungen wollten 55.000 zusätzliche Mitarbeiter beschäftigen.

„Erfreulich ist, dass auch in diesem Jahr neue Arbeitsplätze entstehen werden“

Das deutsche Jobwunder, wie es im Ausland gesehen wird, bleibt damit weiter bestehen. Vor allem sollten wir stolz darauf sein, dass unsere Jugendarbeitslosigkeit so niedrig ist. In Europa hören wir von Raten zwischen 20 bis 50 Prozent.

Wir müssen dafür sorgen, dass Deutschland auch in den nächsten Jahren auf diesem Weg bleibt. Das ist eine Herausforderung. Der rot-grüne Koalitionsvertrag in Niedersachsen ist ein weiterer Beweis dafür, dass SPD und Grüne genau diesen Pfad verlassen wollen. Das Motto von Rot-Grün ist: Steuern hoch, mehr Bürokratie und weniger Leistungsgerechtigkeit. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Plan der neuen Landesregierung, das Sitzenbleiben abzuschaffen. Ich glaube nicht, dass dies dem einzelnen Schüler oder gar der Gemeinschaft nutzt. Denn der Einzelne und auch die Gesellschaft werden nur dann erfolgreich sein, wenn sie wissen, dass man sich auch anstrengen muss.

Volker Kauder

Inhalt

Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv	1
Europa wird durch höhere Ausgaben nicht besser	2
Merkel: „Ein hartes Stück Arbeit“	3
Manager von Hedgefonds werden strenger überwacht	4
Koalition fördert Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege	4
„Betrug darf sich nicht lohnen“	5
Rot-Grün gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands	6
Bundestag ändert Wahlrecht	6
Militärausbilder für Mali	7
G20 setzen Zeichen für nachhaltiges Wachstum	7
„Die Situation in Ägypten ist schwierig“	8
Johanna Wanka ist neue Bundesbildungsministerin	9
Faire Rahmenbedingungen für Verlage	9
Deutschland digital – Chancen und Herausforderungen	10
Letzte Seite	11

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Europa wird durch höhere Ausgaben nicht besser

SPD und Grüne sind auf dem Holzweg



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Kompromiss über den neuen EU-Haushaltsplan ist ein großer Erfolg für die Bundesregierung. Er dient den deutschen Interessen, ohne die der anderen Mitgliedstaaten zu missachten. Das Verhandlungsergebnis gibt der EU eine solide finanzielle Basis für die kommenden sieben Jahre.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist mit dem Ergebnis auch inhaltlich äußerst zufrieden. Von 2014 bis 2020 werden die Ausgaben gegenüber der vorherigen Finanzierungsperiode nach dem Kompromiss um rund 50 Milliarden Euro auf voraussichtlich 908,4 Milliarden Euro sogenannter Zahlungsermächtigungen sinken. Trotzdem ist es gelungen, die Mittel für die Zukunftsinvestitionen zu erhöhen. Wer sich in Europa auskennt, muss anerkennen, dass dies alles andere als selbstverständlich ist.

Mehr Mittel für Zukunftsinvestitionen

So wird in die Zukunftsbereiche Bildung, Forschung und Innovation erheblich mehr Geld fließen. Die Ausgaben für Infrastruktur und Verkehr werden verdoppelt. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sollen

sechs Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. All das sind richtige Signale. Europa wird nicht zwangsläufig durch höhere Geldausgaben besser. Aber Europa muss viel gezielter als in den Jahrzehnten zuvor in seine Zukunft investieren.

Trotz dieser eindrucksvollen Zahlen behauptet nun der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, Europa werde kaputtgespart. Das zeigt nur eins: Die SPD und ihr Kandidat – und in ihrem Schlepptau auch die Grünen – kennen zur Lösung

der Probleme immer nur ein Mittel: noch mehr Euro ausgeben. Schuldig bleiben sie stets die Antwort auf die Frage, woher das Geld denn kommen soll.

Deutschland als Nettozahler nicht überfordern

Das tut die Opposition bewusst. Denn eines ist doch klar: Das Geld würde vor allem aus Deutschland kommen. Unser Land ist mit Abstand der größte Nettozahler in der EU. Und bei höheren Ausgaben würde entsprechend unser Anteil steigen.

Im EU-Parlament zeigen die Sozialisten und Grünen übrigens auch deutlicher als im Bundestag, welche Ziele sie verfolgen. In Berlin trauen sie sich nicht mehr so recht, offen Euro-Bonds oder einen Altschuldentilgungsfonds zu fordern. Denn sie wissen, dass die Gesellschaft eine Vergemeinschaftung der Schulden in Europa ablehnt. Ihre Kollegen in Brüssel sind da nach wie vor ungeniert. Aber Vorsicht: Natürlich würden SPD und Grüne nach der Bundestagswahl den Weg dazu freigeben, wenn sie denn an die Regierung kämen. Das ist ein Grund mehr, genau das zu verhindern.

Merkel: „Ein hartes Stück Arbeit“

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur Einigung auf den EU-Haushaltsplan – Auch Europa muss sparen



Foto: Clemens Bilian/dapd

Bundeskanzlerin Merkel im Bundestag

Der nach hartem Ringen der Staats- und Regierungschefs vereinbarte EU-Finanzplan für die kommenden sieben Jahre kann sich nach den Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel „sehen lassen“. In einer Regierungserklärung am Donnerstag nannte Merkel die Einigung der 27 EU-Staaten „ein hartes Stück Arbeit“. Erstmals in der Geschichte der Gemeinschaft schrumpft das Budget. „Es wäre nicht vermittelbar gewesen, wenn alle in Europa sparen müssten, nur Europa selbst nicht“, begründete sie die Sparbemühungen.

Nach den Worten der Kanzlerin ist die Einigung in ihrer Bedeutung gar nicht hoch genug einzuschätzen. Noch im November 2012 habe es lediglich nach einer Notlösung ausgesehen, die dann nicht einmal von allen getragen worden wäre, sagte Merkel. Mit dem Gipfelergebnis gebe es nun Planungssicherheit für alle, besonders für die Mitgliedstaaten, die von der Krise hart getroffen seien. Der Einigung muss allerdings das Europaparlament noch zustimmen.

Deutschland werde auch künftig der größte Nettozahler bleiben, sagte die Kanzlerin. Es sei aber gelungen, eine faire Lastenverteilung zwischen den Nettozahlern zu erreichen. Gleichwohl räumte sie ein, dass

Deutschlands Belastung in den kommenden Jahren – relativ gesehen – steigen werde.

Besonders hob Merkel den neuen Fonds gegen Jugendarbeitslosigkeit hervor, der helfen soll, jungen Menschen in Europa den Weg in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu ebnet. „Mit sechs Milliarden Euro kann man hier wirklich etwas bewegen“, unterstrich Merkel. Sie sprach sich dafür aus, die Mittel schnell bereitzustellen und nicht auf viele Jahre zu verteilen.

Appell an die EU-Abgeordneten zur Zustimmung

Der Finanzplan für die Jahre 2014 bis 2020 sieht nach den Vorstellungen des Europäischen Rates ein Volumen von 960 Milliarden Euro vor. Mit Blick auf die nötige Zustimmung des Europaparlaments sagte die Bundeskanzlerin, sie erwarte harte Diskussionen. Gleichzeitig appellierte sie an die EU-Abgeordneten, sich auf das Verbindende zwischen Rat und Parlament zu konzentrieren.

Freihandelsabkommen mit den USA

Als mit Abstand wichtigstes Zukunftsprojekt hob Merkel das geplan-

te Freihandelsabkommen der EU mit den Vereinigten Staaten hervor. Entscheidend sei neben dem Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen die Entwicklung von gemeinsamen Standards für Industrieprodukte. Wenn die transatlantischen Partner nicht die Standards im weltweiten Handel setzten, „dann werden dies andere tun – zu ihren Produktions- und Arbeitsbedingungen, die weit entfernt sind von unseren“, mahnte Merkel.

Der EU-Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich bei ihrem letzten Gipfel in Brüssel Anfang des Monats auf den siebenjährigen Finanzrahmen der Gemeinschaft geeinigt. Danach darf die Europäische Union von 2014 bis 2020 maximal 960 Milliarden Euro – oder 1,0 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU – ausgeben. Der Einigung muss das Europäische Parlament noch zustimmen. Die EU-Volksvertretung hat aber bereits Kritik an den ihrer Ansicht nach zu geringen Investitionen geäußert. Mit den sogenannten Verpflichtungsermächtigungen von 960 Milliarden Euro liegt der künftige Finanzrahmen noch unter dem laufenden. Von 2007 bis 2013 durfte die EU 993,6 Milliarden Euro verplanen. Noch geringer fallen die sogenannten Zahlungsermächtigungen für die kommenden sieben Jahre aus, also das Geld, das tatsächlich ausgegeben werden darf. Sie werden auf 908,4 Milliarden Euro beziffert – und damit rund 50 Milliarden weniger als zur Zeit. Der größte Topf ist nach wie vor der Agrarhaushalt, für den bis zu 373,2 Milliarden Euro vorgesehen sind – und damit weniger als in der laufenden Periode. Für die Strukturförderung, den zweitgrößten Posten, sind 325,1 Milliarden Euro veranschlagt, ebenfalls deutlich weniger als bisher. Erhöht werden dagegen die Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung. Dort ist ein Zuwachs um etwa 34 Milliarden auf 125,6 Milliarden Euro vorgesehen. Die Verwaltung schlägt mit 61,6 Milliarden Euro zu Buche und die Außenpolitik mit 58,7 Milliarden Euro.

Manager von Hedgefonds werden strenger überwacht

Weiterer Baustein zur Regulierung der Finanzmärkte

Manager von Hedgefonds und Private-Equity-Fonds sollen künftig einer Zulassungspflicht unterliegen und fortlaufend beaufsichtigt werden. Das sieht ein Gesetz vor, das der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung beriet. Dem Gesetz zufolge müssen diese Manager über besondere Sachkenntnis und Erfahrungen verfügen sowie nachweislich zuverlässig sein. Daneben werden ihnen umfangreiche Berichtspflichten gegenüber der Finanzaufsicht auferlegt.

Zur Verbesserung des Anleger-schutzes werden zusätzliche Anforderungen an Investmentfonds gestellt, die sich speziell an Kleinanleger richten. Für geschlossene Fonds sind ebenfalls Anlagebeschränkungen vor-

gesehen. So wird auch von geschlossenen Fonds grundsätzlich gefordert, dass sie zur Begrenzung des Risikos in mehrere Vermögensanlagen investieren. Auch soll der Hedgefonds-Vertrieb an Kleinanleger verboten werden, um diese besser vor Risiken zu schützen.

Strengere Regeln für offene Immobilienfonds

Als Reaktion auf die Erfahrungen mit offenen Immobilienfonds, bei denen es in der Vergangenheit vermehrt zu Schließungen und Abwicklungen gekommen ist, enthält das Gesetz Regelungen zur Stabilisierung dieses Fondstyps. Danach sollen auch Klein-

anleger ihre Anteile höchstens einmal pro Jahr zurückgeben können. Für Kleinanleger, die bereits Anteile halten, sollen dafür die bisher geltenden Rückgabemöglichkeiten weiter bestehen. Das heißt, sie können auch weiterhin ihre Anteile zurückgeben, wenn die Summe der Rückgaben 30.000 Euro im Kalenderjahr nicht übersteigt.

Mit dem Gesetz wird eine entsprechende europäische Richtlinie in nationales Recht umgesetzt und ein neues Kapitalanlagegesetzbuch geschaffen. Es unterwirft sämtliche Arten von Investmentfonds und ihre Verwalter einer Finanzaufsicht. Das Gesetz ist ein weiterer Baustein zur Regulierung der Finanzmärkte.

Koalition fördert Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege

Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel

Die Altenpflege gehört zu den Berufszweigen mit dem größten Mangel an Fachkräften: Derzeit bewerben sich auf 100 offene Stellen nur noch 35 Altenpflegerinnen und Altenpfleger. Fachkräfte werden dringend gebraucht. Am Donnerstag verabschiedete der Bundestag daher mit den Stimmen aller Fraktionen ein Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege.

Mit dem Gesetz wird die Qualifizierung von Fachkräften auf zweierlei Weise gefördert: Zum einen werden im Rahmen von beruflichen Weiterbildungen die bereits bestehenden Möglichkeiten zur Auszubildendenverkürzung ausgebaut. Wer Vorkenntnisse im Pflegebereich mitbringt, kann die Ausbildung von drei auf zwei Jahre verkürzen. Die hohen Qualitätsanforderungen an die Ausbildung bleiben dabei sehr wohl gewahrt.

Zum anderen können sich lebens-

und berufserfahrene Menschen umschulen lassen. Wenn die Umschulung zwischen Anfang April 2013 und Ende März 2016 beginnt, finanziert die Bundesagentur für Arbeit sie wie-

der vollständig. Neben den Weiterbildungskosten trägt die Bundesagentur auch das Arbeitslosengeld beziehungsweise die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Bereich der Grundsicherung.

Wachsender Dienstleistungssektor

Mit dem Gesetz setzt die christlich-liberale Koalition zwei Maßnahmen der „Ausbildungs- und Qualifizierungs-offensive Altenpflege“ um. Um deutlich zu machen, dass die Altenpflege ein stark wachsender Dienstleistungssektor mit hervorragenden beruflichen Perspektiven ist, hatten sich rund 30 Partner aus Bund, Ländern und Verbänden zusammengefunden und die Initiative auf den Weg gebracht. Mit ihr sollen die Ausbildungszahlen in der Altenpflege bis zum Jahr 2015 stufenweise um mehr als 30 Prozent gesteigert werden.



© Robert Kneschke - Fotolia.com

„Betrug darf sich nicht lohnen“

Die Verbraucherschutzbeauftragte Mechthild Heil über den Pferdefleisch-Skandal und die nötigen Konsequenzen



Foto: Frank Ossenbrink

Mechthild Heil

Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In den Supermärkten Deutschlands und Europas tauchen immer mehr Fertiggerichte mit Pferdefleisch auf, das als Rindfleisch deklariert wurde. Die Verbraucher sind verunsichert. „Fraktion direkt“ sprach mit der Verbraucherschutzbeauftragten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mechthild Heil, über Schlussfolgerungen aus dem Betrugsskandal.

Frau Heil, Pferdefleisch ist genauso genießbar wie Rindfleisch. Worin besteht der Skandal?

Heil: Stimmt, manche sagen, Pferdefleisch sei gesünder als Rindfleisch. Allerdings ist Pferdefleisch bei uns Deutschen, mal abgesehen von der rheinischen Küche, nicht besonders beliebt. Viele Verbraucher würden niemals wissentlich Pferdefleisch essen wollen.

Eine gesundheitliche Gefährdung geht vom Pferdefleisch jedenfalls nicht aus. Der Skandal besteht darin, dass Rindfleisch auf dem Etikett ausgewiesen, aber Pferdefleisch verarbeitet wurde. Das ist Betrug. Zu Recht fühlt sich der Verbraucher durch den

Etikettenschwindel getäuscht. Das Vertrauen in die gesamte Lebensmittelbranche wurde dadurch erschüttert. Die gesetzlichen Regelungen sind ja eindeutig: Was auf der Verpackung steht, muss auch drin sein, und darauf muss sich der Verbraucher verlassen können. Das gilt selbstverständlich unabhängig vom Preis. Günstige Lebensmittel unterliegen den gleichen Gesetzen wie teure.

An welchen Stellen hat das Kontrollsystem versagt?

Heil: Die Unternehmen sind für die richtige Kennzeichnung und die Sicherheit ihrer Produkte verantwortlich. Deshalb haben hier vor allem die

Eigenkontrollsysteme der Lebensmittelunternehmen versagt. Diejenigen, die die Ware an den Verbraucher verkaufen, haben die Pflicht, aber auch die Marktmacht, ihre Zulieferer auf die Einhaltung aller Gesetze hin zu überprüfen. Das gilt auch für die Eigenprodukte der Discounter. Selbstverständlich führen auch die zuständigen Behörden regelmäßig Kontrollen durch. Dafür sind in Deutschland die Bundesländer zuständig. Hier sehe ich Nachbesserungsbedarf.

„Bei den Kontrollen gibt es Nachbesserungsbedarf“

Wie kann man Betrügern das Handwerk legen? Brauchen wir härtere Strafen?

Heil: Momentan wissen wir noch nicht, an welcher Stelle der Lieferkette Pferdefleisch eingeschleust wurde und wer dahinter steckt. Die Betrüger

müssen sich vor Gericht verantworten. Darüber hinaus: Die Strafe sollte eine abschreckende Wirkung entfalten. Deshalb sollten wir uns die Straf- und Bußgeldvorschriften für die Täuschung bei Lebensmitteln noch einmal genau ansehen: Betrug darf sich nicht lohnen.

Wir haben bereits umfassende Kennzeichnungspflichten für Lebensmittel. An welchen Stellen benötigen wir Verbesserungen?

Heil: Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind gut, aber die kriminelle Energie war in diesem Fall leider auch hoch. Wenn sich jeder an die geltenden Gesetze halten würde, gäbe es solche Skandale nicht. Wir stellen allerdings fest, dass die Verbraucher nach einer europaweit verpflichtenden Herkunftsbezeichnung für verarbeitete Fleischprodukte rufen. Dieser Aufgabe nehmen wir uns gerne an.

Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner plädiert für ein Frühwarnsystem. Wie könnte das aussehen?

Heil: Die Ministerin fordert eine Art „wirtschaftliches“ Frühwarnsystem. Damit will sie die Stellen ausfindig machen, an denen es wirtschaftliche Anreize für Betrüger gibt, teurere Produkte gegen billigere Produkte auszutauschen. Wenn wir an diesen Stellen einhaken könnten, ließen sich solche Skandale in Zukunft verhindern. Die Probleme stecken ja im System selbst, deshalb muss das System als Ganzes betrachtet und analysiert werden.

Wir setzen zudem darauf, die regionalen Kreisläufe zu stärken. Ein gutes Beispiel dafür ist das neu eingeführte „Regionalfenster“ auf der Verpackung. Der Verbraucher kann so mit einem Blick erkennen, woher die Zutaten für ein bestimmtes Produkt stammen. Das erhöht die Transparenz und sensibilisiert den Verbraucher für die Herkunft seiner Lebensmittel.

Rot-Grün gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands Länderregierungen verlassen christdemokratischen Erfolgspfad – Aktuelle Stunde im Bundestag

Nach fast acht Jahren unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel steht Deutschland gut da. Auch in den unionsregierten Bundesländern stimmt die Bilanz. Welche Gefahren drohen, sollte Rot-Grün nach der Bundestagswahl im September das Ruder übernehmen, lässt sich an den Ländern ablesen, die von solchen Bündnissen regiert werden. In einer aktuellen Stunde des Bundestages am Donnerstag zeigten Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion erschreckende Entwicklungen auf: höhere Steuern, wachsende Schulden, steigende Arbeitslosenzahlen. „Verantwortliche Politik sieht anders aus“, sagte der Haushaltspolitiker Andreas Mattfeldt.

Der Finanzpolitiker Frank Steffel listete auf, welche Steuern und Abgaben rot-grüne Bündnisse überall im Land erhöht haben oder erhöhen wollten. „Sie täuschen die Menschen, wenn Sie sagen, diese Steuererhöhungen träfen nur die Reichen“, sagte Steffel. In Wahrheit zahlten alle, aber besonders die Leistungsträger.

Mattfeldt zeigte sich besorgt über den Regierungswechsel in seinem Heimatland Niedersachsen. Die christlich-liberale Koalition unter David McAllister habe hohes Wachstum, niedrige Arbeitslosenzahlen, solide Finanzen und leistungsfähige Schulen hinterlassen. Rot-Grün drohe nun, den „Erfolgspfad dauerhaft zu

verlassen“, und gefährde so die Wettbewerbsfähigkeit des Landes.

Lehrerstellen gestrichen

Der bildungspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Albert Rupprecht, erinnerte daran, dass Länder mit rot-grüner Bildungspolitik bei allen Schultests das Schlusslicht in Deutschland sind. Dort würden trotz anderweitiger Ankündigungen Lehrerstellen gestrichen und Hochschulen kaputt gespart. Für die Union stellten Investitionen in Forschung und Bildung hingegen eine Priorität dar.

Bundestag ändert Wahlrecht Mit der Reform werden verzerrende Effekte beseitigt

Mit einer Reform des Wahlrechts hat der Deutsche Bundestag bisweilen auftretende verzerrende Effekte beseitigt. Am Donnerstag verabschiedete das Parlament einen entsprechenden Gesetzentwurf, der gemeinsam von den Fraktionen von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingebracht worden war. Mit der Novelle reagiert der Bundestag auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes und nimmt Änderungen bei der Sitzverteilung im Bundestag vor.

Die Karlsruher Richter hatten in ihrem Urteil vom vergangenen Jahr verlangt, den Effekt des „negativen Stimmgewichts“ zu vermeiden. Danach kann ein Zuwachs an Zweitstimmen unter bestimmten Umständen zu einem Verlust an Mandaten bei derselben Partei führen. Ferner wiesen die Richter darauf hin, dass Überhangmandate ab einer bestimmten Größenordnung zu erheblichen Proporzstörungen führen können.

Zur Vermeidung des negativen Stimmgewichts werden die 598 Sitze im Deutschen Bundestag nach der Neuregelung zuerst auf die Bundes-

länder verteilt. Die Größe dieser „Ländersitzkontingente“ bemisst sich nach dem Anteil eines Bundeslandes an der gesamtdeutschen Wohnbevölkerung. Anschließend werden diese Sitzkontingente nach Zweitstimmenanteil an die Parteien im jeweiligen Land verteilt.

Überhangmandate werden ausgeglichen

Auch nach dem neuen Wahlrecht können Parteien Überhangmandate erzielen. Allerdings werden Überhangmandate künftig im weiteren Verlauf der Sitzverteilung durch zusätzliche Mandate an die anderen Parteien voll ausgeglichen. Ziel des Ausgleiches ist es, dass am Ende der ursprüngliche Proporz nach Zweitstimmen wieder hergestellt ist. Damit ist sichergestellt, dass die Bundestagswahl auch bei einer steigenden Anzahl von Überhangmandaten ihren Charakter als Verhältniswahl behält.



© pixelplot - Fotolia.com

Militärausbilder für Mali

Bundestag berät über Bundeswehrmandate

Die Bundeswehr bereitet sich auf eine Ausweitung ihres Engagements zur Stabilisierung Malis vor. Der Bundestag beriet am Mittwoch zwei Mandate: Beim ersten Mandat geht es um die Beteiligung Deutschlands an einer EU-Ausbildungsmission für die malische Armee, im zweiten um die Unterstützung des französisch-afrikanischen Einsatzes in Mali mit Transport- und Tankflugzeugen.

Zum Transport französischer und afrikanischer Einheiten sind bereits drei Transall-Flugzeuge der Bundeswehr im Einsatz. Das Mandat sieht bis zu 150 deutsche Soldaten für die Transportflugzeuge und für die Luftbetankung französischer Kampffjets vor. Die seit Januar laufende militärische Nothilfe Frankreichs hat bereits verhindert, dass das gesamte Land in

die Hände islamistischer Extremisten fiel. Die Menschen in den Städten im Norden des Landes wurden von der Terrorherrschaft der Islamisten befreit. Der UN-Sicherheitsrat hatte bereits im Dezember ein internationales Eingreifen mit allen erforderlichen Maßnahmen abgesegnet, um die territoriale Integrität Malis wiederherzustellen.

Pioniere und Sanitäter entsenden

Langfristig muss die malische Regierung in die Lage versetzt werden, die Nordhälfte des Landes eigenständig zu kontrollieren. Hierfür will die EU die militärischen Fähigkeiten der malischen Armee verbessern. Deutschland übernimmt die Aufgabe der sanitätsdienstlichen und Pionierausbildung. Zunächst sollen voraussichtlich

40 Spezialisten für die Pionierausbildung sowie 40 Ärzte und Sanitäter entsandt werden, die ein Feldlazarett betreiben. Das Bundestagsmandat sieht eine Obergrenze von bis zu 180 deutschen Soldaten vor.

Die christlich-liberale Koalition befürwortet beide Mandate. Denn bei einer weiteren Schwächung der staatlichen Autorität droht Mali zu einem Rückzugsort für islamistische Terrorgruppen und zu einem Umschlagplatz für den illegalen Handel mit Menschen, Waffen und Drogen zu werden. Eine solche Entwicklung gefährdet auch die Sicherheit Deutschlands und Europas. Entscheidend für die Stabilisierung Malis ist der politische Prozess. Eine rein militärische Lösung kann es nicht geben.

Die Fraktion informiert

G20 setzen Zeichen für nachhaltiges Wachstum

Absage an Währungsabwertungen

Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der zwanzig führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) haben mit ihrem Bekenntnis zur Haushaltskonsolidierung wichtige Signale für ein nachhaltiges Wachstum gesetzt. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble machte bei einem Treffen Mitte Februar in Moskau deutlich, dass eine Konsolidierung der Staatsfinanzen in den Industrieländern unabdingbar sei. Nur so könne die Stabilität der Weltwirtschaft gesichert werden und des Vertrauens der Finanzmärkte zurückkehren. Einer Politik der Währungsabwertung, die darauf abzielt, einseitig Wettbewerbsvorteile zu erzielen, erteilten die G20-Teilnehmer eine klare Absage.

Bei dem Treffen spielte außerdem die Frage eine wichtige Rolle, wie verhindert werden kann, dass internationale Großkonzerne durch Verlage-

rung ihrer Geschäfte in andere Länder Steuern umgehen. Hierzu nutzen sie die Lücken des nationalen und internationalen Steuerrechts – sehr zum Verdruss derjenigen, die diese Möglichkeiten nicht haben und ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten: Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat festgestellt, dass viele kleinere Unternehmen bis zu 30 Prozent Steuern auf den Gewinn abführen müssen, während große Konzerne auf ihre Gewinne lediglich bis zu fünf Prozent Steuern zahlen. Dadurch leidet die Steuermoral, und den Staaten entgehen Einnahmen. Das darf nicht sein: Auch große Konzerne müssen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt Schäuble, der dieses The-



Finanzminister Schäuble im Kreis seiner G20-Kollegen in Moskau

ma auf die internationale Agenda gesetzt hat und sich zusammen mit seinen Amtskollegen für internationale Standards einsetzt, die zu mehr Steuergerechtigkeit und Wettbewerbsgleichheit führen. Die OECD wird bis Juli 2013 einen Aktionsplan vorstellen.

„Die Situation in Ägypten ist schwierig“

Kauder informiert sich in Kairo – Gespräch mit Papst der Kopten

Für Volker Kauder war es bereits die dritte Reise nach Ägypten in den vergangenen zwei Jahren. Doch noch nie waren nach Abschluss der Unterredungen mit Vertretern von Regierung und Opposition sowie der koptischen Minderheit die Sorgen über die weitere Entwicklung des Landes so groß wie dieses Mal. Insbesondere der neue Papst der Kopten, Tawadros II., zeigte sich im Gespräch mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden wenig zuversichtlich. Die koptischen Christen drohen nach seiner Auffassung zu den Verlierern der Revolution zu werden.

Für die Gespräche in Kairo blieben Volker Kauder und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Johannes Singhammer nur gut anderthalb Tage. Trotz der knappen Zeit hatte die Delegation genügend Gelegenheiten, neben Tawadros II. auch ranghohe Vertreter aller Seiten, darunter der Muslimbrüder, zu treffen.

Wie sich das Land weiterentwickeln wird, ließ sich danach allerdings kaum absehen. Die Regierung –



Johannes Singhammer und Volker Kauder auf dem Tahrirplatz in Kairo

Foto: Ulrich Scharlack

allen voran Ministerpräsident Hescham Kandil – versicherte, dass sich Ägypten zu einem zivilen Staat und eben nicht zu einem Gottesstaat entwickeln solle. Doch Zweifel bleiben. Die neue Verfassung bietet nach Einschätzung vieler zumindest die Möglichkeit, dass Grundrechte wie die Religionsfreiheit Schritt für Schritt entwertet werden könnten.

Auch der Fraktionsvorsitzende zeigte sich skeptisch. „Die Regierung und die Muslimbrüder müssen die Ankündigung, dass sie die Freiheit der Religion weiter garantieren wollen, auch wirklich umsetzen“, erklärte Kauder zum Ende der Reise. „Wenn ein Mann wie der neue Papst Tawadros II. nun so deutliche Worte findet, muss uns das allerdings alarmieren. So besorgt haben sich die Kopten in der Vergangenheit nicht geäußert.“ In dem Gespräch beklagte der erst vor wenigen Monaten gewählte Papst, dass die Kopten immer schlechter Arbeit finden und auch in der Gesellschaft zunehmend ausgegrenzt werden.

Religionsfreiheit Indikator für Einhaltung der Menschenrechte

Die deutsche Politik muss nach Kauders Auffassung die Situation sorgfältig beobachten. „Sollte sich die Lage der Menschenrechte verschlechtern, müssen wir das in unseren Kontakten mit Ägypten sofort zur Sprache bringen.“ Singhammer ergänzte: „Die Einhaltung der Menschenrechte ist für die Union ein zentrales Anliegen. Die Verteidigung der Religionsfreiheit ist dabei ein zentraler Indikator, wie es um die Menschenrechte in den jeweiligen Ländern steht. Das gilt auch für Ägypten.“



Volker Kauder mit dem koptischen Papst Tawadros II.

Foto: Ulrich Scharlack

Johanna Wanka ist neue Bundesbildungsministerin

Ehemalige Landespolitikerin im Bundestag vereidigt



Foto: Clemens Bilan/dapd

Die neue Bundesbildungsministerin Johanna Wanka legt im Bundestag ihren Amtseid ab

Johanna Wanka ist neue Bundesministerin für Bildung und Forschung. Die Mathematikerin aus Rosenfeld in Sachsen, die zuvor lange Jahre Wissenschaftsministerin in Brandenburg

und Niedersachsen war, wurde am Donnerstag als Nachfolgerin von Annette Schavan im Bundestag vereidigt. Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die erfahrene Fachpolitikerin eine gute Wahl.

„Politik ist keine Wundertüte“, sagte Johanna Wanka einmal. Die 61-Jährige, die aus der Bürgerbewegung der DDR stammt und 1989 das Neue Forum mit gegründet hatte, gilt als pragmatisch und zupackend. Ihre politische Karriere im vereinten Deutschland begann die seinerzeit noch Parteilose im Jahr 2000, als der damalige Ministerpräsident Brandenburgs, Manfred Stolpe, sie in sein Kabinett berief. Bis 2009 war sie in Potsdam Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

2001 trat die Mathematik-Professorin in die CDU ein. Schon 2009 eroberte sie das Amt der CDU-Landesvorsitzenden in Brandenburg. Noch im selben Jahr zog sie als Spitzenkandidatin der dortigen CDU in den

Wahlkampf und wurde nach der Wahl Fraktionsvorsitzende im brandenburgischen Landtag.

Mathematik-Professorin in der Politik

2010 erteilte sie der Ruf aus Niedersachsen, wo sie bis Januar dieses Jahres als Ministerin für Wissenschaft und Kultur wirkte. Für ihre politische Arbeit wurde sie bereits 2008 vom Deutschen Hochschulverband mit dem Titel „Ministerin des Jahres“ ausgezeichnet. 2010 erhielt sie darüber hinaus für ihre Verdienste um die jüdische Bildungsarbeit die Ernst-Ludwig-Medaille für Wissenschaften und Künste.

Auch in ihrem Leben als promovierte Mathematikerin brachte Wanka es weit. 1993 wurde sie Professorin an der Fachhochschule Merseburg, ein Jahr später Rektorin. Wanka ist mit einem Mathematiker verheiratet und hat zwei Kinder.

Die Fraktion in Aktion

Faire Rahmenbedingungen für Verlage

Unionsfraktion setzt sich für journalistische Vielfalt ein

Die Entwicklungen in der digitalen Welt verändern die Presselandschaft: Die Auflage von Zeitungen sinkt; manche Verlage müssen Insolvenz anmelden oder Zeitungstitel einstellen. Die soziale Lage für Journalisten verschlechtert sich. Angesichts dessen stellt sich die Frage: „Wie geht es weiter mit dem Print-Journalismus?“ Auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion veranstaltete der Kultur- und Medienausschuss des Bundestages ein Expertengespräch, auf dem Verlagschefs und Wissenschaftler darüber diskutieren, wie Medienvielfalt und qualitativ hochwertiger Journalismus erhalten werden können.

Die Experten waren sich einig, dass die Politik für faire Rahmenbedingungen sorgen muss. Andernfalls droh-

ten herbe Einschnitte in der Presselandschaft. Dennoch sprachen sich die Verlagsmanager übereinstimmend gegen direkte Hilfen vom Staat aus. „Subventionen machen faul und träge und lähmen den Wettbewerb“, meinte „Zeit“-Geschäftsführer Rainer Esser.

Leistungsschutzrecht als Schicksalsfrage

Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender der Axel-Springer AG, äußerte die Auffassung, dass die Entscheidung über die Einführung des Leistungsschutzrechtes zur Schicksalsfrage für die Verlage werden könnte. Bislang fehle es an einem Geschäftsmodell für journalistische Inhalte in der digitalen Welt, räumte er ein. Die Verlage

bemängelten, dass es bislang an einem sicheren Rechtsrahmen mangelte. Durch eine Änderung des Urheberrechts sollten Verlage ein eigenes Recht bekommen, um ihre Leistungen im Internet an Newsaggregatoren und Suchmaschinen verkaufen zu können.

Die geplante EU-Datenschutzverordnung nannte Julia Jäkel vom Vorstand des Medienkonzerns Gruner+Jahr existenzgefährdend, da sie die Neuwerbung von Abonnenten unmöglich mache. Der medienpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Wolfgang Bönnsen, bezeichnete den Qualitätsjournalismus als konstitutiv für unser Land in den letzten Jahrzehnten. Das müsse auch in Zukunft so bleiben, forderte er.

Deutschland digital – Chancen und Herausforderungen

IT- und Kommunikationstechnologien bergen enorme Potenziale – Unions-Kongress zur „Industrie 4.0“

Digitale Medien haben unsere Gesellschaft verändert – sie prägen unsere Arbeitswelt, unser Privatleben, unsere Kommunikation. Über drei Viertel der deutschen Bevölkerung sind regelmäßig online und tauschen sich über soziale Medien aus. Auch für die Wirtschaft birgt die Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) enorme Potenziale. Darauf wies der für Netzpolitik zuständige stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Michael Kretschmer auf einem Kongress seiner Fraktion in dieser Woche hin. Unter dem Motto „Deutschland digital“ diskutierten dort Politiker, Wirtschaftsvertreter und Experten über Chancen und Risiken der Technik.

„Wir befinden uns an der Schwelle zur vierten industriellen Revolution“, sagte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder. Für die Firmen sei die Anbindung an das Internet heute fast noch wichtiger als der nächste Autobahnanschluss. Gleichzeitig erinnerte Kauder daran, dass es auch Risiken gebe: So fragten sich viele Menschen: „Wie sicher sind meine Daten beim Transfer?“ Deshalb bedürfe es der Regulierung: Freiheit und Verantwortung seien auch im Netz zwei Seiten ein- und derselben Medaille.

Reale und virtuelle Welt wachsen zusammen

Vertreter der „vierten industriellen Revolution“, so der Präsident der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften, Henning Kagermann, der Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Reimund Neugebauer, und Wolf Lukas aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, beschrieben auf dem Kongress, worum es bei „Industrie 4.0“ geht, nämlich um das Zusammenwachsen von realer und virtueller Welt. Bislang werden autonome Systeme drahtlos untereinander und mit dem Internet

vernetzt. Künftig werden Produktionsmaschinen, Haushaltsgeräte oder Fahrzeuge fähig sein, selbstständig untereinander oder mit Menschen Informationen auszutauschen, Aktionen auszulösen oder miteinander zu agieren. Der Arbeitnehmer der Zukunft wird zum „Komponisten“.

Der hohe Industrieanteil verbunden mit einer leistungsfähigen IKT-Branche versetzt Deutschland – nach Meinung der Podiumsteilnehmer – in die Lage, die Wertschöpfungsketten der Industrie 4.0 fast vollständig auszunutzen. Dadurch bieten sich für Deutschland enorme Wachstumschancen – etwa beim vernetzten Automobil- oder Maschinenbau oder in der Gesundheitsbranche. Man müsse es allerdings schaffen, „zwei Kulturen zusammenzubringen – die der IT-ler und die der Ingenieure“, sagte Kagermann. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Joachim Pfeiffer, wies darauf hin, dass die Politik nicht nur auf große Konzerne, sondern auf den Mittelstand setzen müsse, denn dieser trage wesentlich zur Wertschöpfung bei.

Digitale Wirtschaft als Triebkraft für Innovationen

Auf das Zusammenspiel zwischen Deutschland und Europa werde es ankommen, wenn der alte Kontinent auf den Weltmärkten weiter bestehen wolle, meinte Martin Selmayr, Kabinettschef der EU-Vizekommissionspräsidentin Viviane Reding. Er warb für die Ziele der digitalen Agenda –



Foto: Steven Rösler

Michael Kretschmer spricht auf dem Kongress

von der Vereinheitlichung der Verbraucherrechte im europäischen Binnenmarkt über eine Strategie für Cloud-Computing und Cybersicherheit bis hin zur EU-Datenschutzreform.

Die digitale Wirtschaft gilt als Treiber von Innovationen und neuen Geschäftsmodellen quer durch alle Branchen. Ihre Umsätze wachsen deutlich schneller als die Gesamtwirtschaft. Der Branchenverband Bitkom meldete 2012 einen Umsatz der High-Tech-Branche von 152 Milliarden Euro und eine Zuwachsprognose von 1,0 Prozent für 2013. „Aber nicht alle Sparten können gleichermaßen davon profitieren“, räumte Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder ein.

Einen Mitschnitt der Veranstaltung finden Sie auf <http://veranstaltungen.cdusu.de/>

Für den Euro, für Europa

Neuer Flyer

Die Staatsschuldenkrise hält Europa seit nunmehr fast drei Jahren in Atem. Auch wenn die Krise nicht ganz überwunden ist – erste Erfolge bei der Stabilisierung des Euros sind zu verzeichnen. Die Haushaltsdefizite in Griechenland, Irland und Portugal gehen zurück, die Lohnstückkosten sinken. Mit der Schuldenbremse gibt es strengere Vorgaben und Überwachungsmechanismen für die nationalen Haushalte; die Finanzmärkte werden schärfer reguliert.

Der neue Flyer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Für den Euro, für Europa“ stellt die Maßnahmen zur Stabilisierung der Euro-Zone vor. Darin wird erklärt, wie die Rettungsschirme funktionieren, wie hoch der deutsche Haftungsanteil ist, mit welchem Gesamtkonzept man die Krise bekämpfen will, warum der Euro so wichtig ist für Deutschland, und wie es weiter geht in Europa.

Für die Unionsfraktion steht fest: Bei allen Neuerungen und Reformen dürfen Haftung und Kontrolle niemals auseinanderfallen. Eine bloße Vergemeinschaftung von Schulden würde den Reformwillen in Europa schwächen.

Die europäische Integration wollen wir fortsetzen. Dabei sind die nationalen Volksvertretungen und das Europäische Parlament an allen weiteren Reformen zu beteiligen. Denn Europa muss noch demokratischer werden.

Der Flyer kann ab sofort unter fraktion@cducsu.de kostenlos bestellt werden und steht unter www.cducsu.de/publikationen zum Download bereit.



Zeichnung: Stuttmann

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducsu.de

- | | |
|------------------|---------------------------------------|
| 27. Februar 2013 | Fachgespräch Wilderei |
| 11. März 2013 | Finanzkongress Schattenbanken |
| 18. März 2013 | Wald-Kongress |
| 20. März 2013 | Kongress Rohstoffstandort Deutschland |



Quelle: Euro_Fotero auf flickr

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducsu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducsu.de/fd



[www.facebook.com/
cducsubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion)



www.youtube.com/cducsu



[twitter.com/
cducsu](http://twitter.com/cducsu)